

Europa

Keine Angst vor Aus der Bilateralen



Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik
an der Universität Freiburg

Für den Erhalt der Schweizer Lebensqualität braucht es kluge liberale Politik. Dies bedingt unabhängige liberale Organisationen, die gute wissenschaftliche Analysen als Gegengewicht zu den vielen von der Verwaltung beauftragten Studien erstellen. Das 2021 gegründete Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern ist deshalb ein Glücksfall.

Aufregend ist die neue IWP-Studie zur Europaintegration der Schweiz. Sie analysiert, wie sich drei alternative Strategien über den Aussenhandel auf den Wohlstand auswirken: 1. Modernisierung des Freihandelsabkommens von 1972 nach dem Vorbild des kanadisch-europäischen Ceta-Abkommens unter Beibehaltung der Bilateralen I und II; 2. EU-Vollbeitritt; 3. Desintegration durch Kündigung der Bilateralen I und II sowie des Freihandelsabkommens von 1972, also Rückzug auf normalen Freihandel nach den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Die Studie wurde gemeinsam mit dem europafreundlichen Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel durchgeführt und fokussiert allein auf den Aussenhandel – berücksichtigt also etwa Probleme mit dem Bevölkerungswachstum nicht.

Bisher diskutierten Medien, Kritiker und das IWP selbst vor allem die Ergebnisse zu den ersten zwei Alternativen. Der EU-Beitritt brächte durch Handelserleichterungen längerfristig eine Erhöhung des Niveaus der Wertschöpfung um 4 Prozent und eine (wegen Preissenkungen grössere) Steigerung der Realeinkommen um 7,2 Prozent – aber auch viele nicht analysierte grosse Nachteile und Kosten. Das modernere Freihandelsabkommen brächte 1,5 Prozent mehr Wertschöpfung und 2,4 Prozent höhere Realeinkommen, praktisch ohne Nebenwirkungen.

Der wahre Hammer aber sind die Ergebnisse zur Desintegration. Da reden die Medien von riesigen Wohlfahrtsverlusten. Tatsächlich aber würden die Wertschöpfung durch Handelserleichterungen um 1,6 Prozent und die Reallöhne um 2,6 Prozent sinken – ein Miniverlust verglichen mit den Kosten, die den Bürgern und Bürgerinnen das schnelle Bevölkerungswachstum infolge Personenfreizügigkeit bringt. Die Ergebnisse passen zu dem, was die vom Bund in Auftrag gegebene, aber dann verdrängte Studie von Ecoplan 2015 fand: Bei Kündigung der Bilateralen I (inklusive Personenfreizügigkeit) würden die Reallöhne nur um 0,7 Prozent fallen – wobei auch hier all die Nutzen aus einem dann viel tieferen Bevölkerungswachstum nicht berücksichtigt wurden. Deshalb gilt: Die wirtschaftliche Bedeutung der Bilateralen I und II wird masslos überschätzt. Entscheidend für den Wohlstand ist Freihandel nach WTO-Standard.

Reiner Eichenberger ist regelmässiger Kolumnist der «Handelszeitung». Die in den Kolumnen vertretenen Ansichten können von jenen der Redaktion abweichen.